

# nach richten

## Repatriierung der Flüchtlinge

Am 5. Mai 2000 wurden Flüchtlinge und Flüchtlingskommission erneut von Milizen angegriffen und an der Rückkehr gehindert. Neben den Berichten über Einschüchterungen der Flüchtlinge, die nach Osttimor zurück wollten, stellte sich für die Rückkehrer als nächstes Problem bis zur nächsten Ernte die Nahrungsmittelversorgung, so die Flüchtlingskommission.

vgl. [www.un.org](http://www.un.org)

## Milizenführer verhaftet

Ein indonesisches Gericht hat den Milizenführer Laurentino Soares, bekannt als Moko, wegen illegalem Waffenbesitz zu drei Jahren Haft verurteilt, so Beobachter der UN. Die Verhaftung gilt als der erste Beweis für die ernsthaften Bemühungen der indonesischen Regierung, die Milizen in Osttimor zur Verantwortung zu ziehen.

Ein anderer Milizenführer, Eurico Guterres, wurde Ende April 2000 von Polizei und Militär zu einer Schießerei befragt, die sich sechs Wochen zuvor zugetragen hatte. Guterres wird beschuldigt, auf ein indonesisches Regierungsfahrzeug geschossen zu haben. Nach Aussage eines UN-Kommandeurs habe man jedoch noch keine konkreten Schritte gegen ihn unternommen.

vgl. *Sydney Morning Herald*, 28.4.00.

## Schauprozess zur internationalen Beruhigung?

Indonesische Menschenrechtsgruppen kritisieren die von der indonesischen Regierung durchgeführten Untersuchung der Gewaltausbrüche nach der Abstimmung am 30. August 1999 in Osttimor als zu zaghaft, so die Jakarta Post am 6.5.2000. Die Untersuchung entspräche nicht dem internationalen Standard. Die Tendenz, die Gewaltverbrechen als »normale Verbrechen« zu ahnden, sei den Umständen nicht angemessen, da auf diesem Wege nur Soldaten niedrigen Ranges und nicht die Drahtzieher kriminalisiert würden.

Nach Aussagen des stellvertretenden Generalstaatsanwalts für spezielle Verbrechen, M. Rahman, der das 64-köpfige Untersuchungsteam führt, würden 21 Militärs und Zivilisten in der Untersuchung befragt.

Der Anklage zugrunde gelegt werden zunächst fünf Gewaltereignisse: Das Attentat auf Bischof Belo, der Tod des Journalisten Sander Thoenes und drei Massaker auf osttimoresische Zivilisten, bei denen mindestens 40 Menschen starben.

Munir, beratendes Mitglied der Kommission für vermisste Personen und Opfer von Gewalt, Kontras, äußerte sich in einem Interview mit der Jakarta Post aufgrund des »Mangels an Klarheit in den Untersu-

chungen« pessimistisch. Die Polizei arbeite sehr ernsthaft an den Untersuchungen, so Munir. »Aber Komnas HAM [von der Regierung bevollmächtigte Menschenrechtsausschuss] tut nicht genug«.

Er bezeichnet dies als Ausdruck des Mangels an politischem Willen, an Kapazitäten und als Zeichen politischer Interessen. Die Untersuchung der Verbrechen in Osttimor könnte zum Modell für ähnliche Verfahren werden. Munir sei geschockt, dass nur 21 Personen untersucht werden sollten. »Wenn man nur die beiden Institutionen Militär und nationale Polizei untersuchen wollte, müssten schon mindestens 130 Offiziere befragt werden. Daneben gibt es mindestens 21 Kommandeure der Milizengruppen. Die anstehende Befragung von 21 Leuten durch KPP HAM, so Munir, diene der internationalen Glaubhaftigkeit Indonesiens mit dem Ziel, ein internationales Tribunal abzuwenden ... Seit Komnas HAM nicht mehr per Präsidentendekret, sondern per Gesetz schaltet und waltet, arbeite die Institution weniger effektiv. Eine Umstrukturierung und personelle Umbesetzung und ein neues Rollenverständnis seien dringend geboten, urteilt Munir.

vgl. *Jakarta Post*, 5.5.00; 6.5.00.

## Die Lage ist weiterhin prekär

Die Atmosphäre in Osttimor bleibt angespannt. Noch immer müssen ca. 100.000 Osttimoresen in Lagern ausharren, die zu Westtimor gehören. Den Menschen gehe es, so Sabine Hammer, die letztes Jahr als Wahlbeobachterin in Osttimor tätig war und sich anlässlich der Konferenz »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« in Wien zu der aktuellen Lage Osttimors äußerte, vor allem darum, die mächtigen Hintermänner der Massaker zur Verantwortung zu ziehen. Anders als in Jugoslawien und Ruanda sei jedoch kein internationales Tribunal eingesetzt worden, sondern Indonesien habe

selbst eine Untersuchungskommission bestimmt. Dies berge den Nachteil in sich, dass Angehörige des Militärs ausschließlich von Militärgerichten verurteilt werden können. Außerdem habe Präsident Wahid dem ehemaligen Chef der indonesischen Armee, General Wiranto, Amnestie zugesichert, falls er verurteilt werden sollte, um die Militärs nicht zu verärgern. Hammer sah die geplanten Sanktionsmaßnahmen jedoch auch positiv, da »die Option der Strafverfolgung an sich schon eine Präventivmaßnahme sei«.

vgl. *Die Presse*, 8.5.2000

## Portugiesisch als Landessprache

Der Oppositionsführer Osttimors, Xanana Gusmao, hat den kontrovers diskutierten Vorschlag verteidigt, die portugiesische Sprache wieder einzuführen, sobald man die Region als einen freien Staat bezeichnen könne. Dieser Vorschlag stammt ursprünglich aus den Reihen der nach portugiesischem Vorbild ausgebildeten Elite.

Obwohl gerade viele jüngere Osttimoresen die Benutzung des Portugiesischen strikt ablehnen, sprach sich Gusmao für die erneute Einführung dieser Sprache aus. Der koloniale Einfluss Portugals habe Osttimor eine Identität verliehen, die sich deutlich von der der restlichen 13.000 Inseln und den 220 Millionen Menschen des indonesischen Archipels unterscheide, so Gusmao.

»Ironisch ist, dass die Präsenz Portugals uns diese historische, kulturelle und religiöse Identität verliehen hat, die uns nun erlaubt, uns von dem indonesischen Archipel zu unterscheiden«, meinte Gusmao. Außerdem betonte er, Portugiesisch habe als Sprache der Widerstandsbewegung zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Die Einführung der Regionalsprache Osttimors, Tetum, als Nationalsprache ist laut Gusmao nicht sinnvoll, da insgesamt vier Hauptvarianten von Tetum existierten. Die »Modernisierung« des Tetums würde mindestens 15 Jahre in Anspruch nehmen, gab Gusmao zu bedenken. Jüngere Osttimoresen hingegen äußern noch Bedenken gegenüber der Wahl Gusmaos, da sie befürchten, dass dies den Führern der Opposition sowie den traditionellen Elitefamilien in Osttimor den Weg zur Dominanz in Politik und Handel ebnen würde.

vgl. *Sydney Morning Herald*, 8.5.2000